

L A N D E S S C H Ü L E R V E R T R E T U N G
Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e.V.

Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung am 11./12.06. 1988 im Falkenheim in Regensburg

Beginn: 11. Juni 1988 um 10.30 Uhr

Anwesend: Elke Winter (Mittelfranken), Roland Zimmermann (Mittelfranken), Michael Lüdke (Obb/Ost), Georg Abegg (Obb/West), Georg Annuß (Oberpfalz), Joachim Wolbergs (Oberpfalz), Christine Bauer (Niederbayern), Chan-Uk Jun (Unterfranken), Johannes Mierau (Unterfranken);

Ulrich Kraus (Geschäftsführer, Unterfranken), Rüdiger Busche;

Entschuldigt: Sandra Nossek (Oberfranken); Holger Weimann (Obb/Ost)

Unentschuldigt: Stephan Mayer (Niederbayern), Holger Weimann (Obb/Ost), Sascha Spoun (Obb/West), Andrea Schmidt (Oberfranken), Anton Naegeli (Oberpfalz), Chris Brandt (Schwaben);

Tagesordnung:

TOP 1: Wahl eines neuen Geschäftsführer

TOP 2: Finanzbericht des Geschäftsführers Ulrich Kraus

TOP 3: Satzungsänderung

TOP 4: Wiederholungsklausur

TOP 5: Nachbereitung des Gesprächs mit Mitgliedern des kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU am 07.06.1988

TOP 6: Vorbereitung der LAG-SMV am 04./05. JULI 1988

TOP 7: Auftreten von Mitgliedern in der Öffentlichkeit

TOP 8: Grundsatzdiskussion zum persönlichen Bild der Schule der Zukunft

TOP 9: GSO-Änderung

TOP10: Verschiedenes/Termine

zu TOP 1: Ulrich Kraus erklärt der MV, daß er trotz der bevorstehenden Prüfung bis auf weiteres Geschäftsführer bleiben wird. Zwecks Arbeitsentlastung schlägt er jedoch vor, Rüdiger Busche als weiteren Geschäftsführer zu wählen. Nach kurzer Vorstellung von Rüdiger und einer Aussprache in der MV wird Rüdiger Busche vom Siebold-Gymnasium Würzburg von der MV bei einer Enthaltung zum Geschäftsführer gewählt.

zu TOP 2: Uli erläutert den Anwesenden den Finanzbericht, welcher der MV bereits vor der Sitzung zugeschickt worden ist. Er hebt dabei vor allem den übermäßig hohen Finanzierungsanteil aus Unterfranken hervor. Die anderen Bezirke werden gebeten, die SMV'en zu mehr Spenden zu bitten. Der Schülerladen Würzburg sei im Moment die finanzielle Hauptunterstützung der LSV. Die MV in Würzburg sei vollkommen vom Schülerladen finanziert worden. Elke stellt fest,

daß für Ende November eine LSV-MV in Babenhausen in Aussicht steht. Bei dieser Gelegenheit sprechen sich die BSSp einstimmig dafür aus, daß bei der Wahl der BSSp klar sein soll, daß dieser in der LSV mitarbeiten sollte. Für die Arbeit der BSSp wäre es sinnvoll, wenn sich die BSSp auf den BATs ein schulpolitisches Mandat übertragen ließen. Zu diesem Anliegen will Michael Lüdke einen Musterantrag anfertigen.

zu TOP 3: Michael Lüdke, der sich zusammen mit seinem Rechtsanwalt mit der Satzungsänderung beschäftigt, stellt klar, daß die Satzung noch in diesem Schuljahr fertig sein muß. Ende Juni verschickt er die Satzung an die Mitglieder, die dann ihre Stellungnahme an Michael zurück schicken sollen. Michael wird noch einmal Rücksprache mit seinem Anwalt leiten. Uli Kraus schreibt an Dr. Rust einen Brief, in dem er erklärt, daß die LSV noch am Überarbeiten ist und die neue Satzung Mitte Juli fertig sein wird. Die neue Satzung wird zunächst ans Amtsgericht geschickt, damit die Änderung gleich eingetragen wird. Am 13. Juli (vor dem DGB-Gespräch) wird die Änderung nach den Regeln der neuen Satzung beschlossen. Vorher ist es notwendig, über die Entlastung des alten Vorstands abzustimmen. Es wird zwischen politischer und finanzieller Entlastung getrennt.

Abstimmung über finanzielle Entlastung: 2 pro 4 Enthaltungen

Abstimmung über politische Entlastung: 3 contra 3 Enthaltungen

zu TOP 4: Johannes Mierau legt einen Brief von H. Harrer vor, in dem das Ergebnis der Abstimmung über die Abschaffung der Wiederholungsklausur bekanntgegeben wird: Abstimmung: Lehrer 4 pro 5 contra
Schüler 4 pro

Das bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt nur vier Bezirke das Schreiben von Herrn Harrer beantwortet haben. Michael Lüdke berichtet von einer Umfrage, die er zu diesem Thema an seiner Schule durchgeführt hat. Nach Meinung der Lehrer verbesserten sich die wenigsten Schüler in der Wiederholungsklausur. Eine Untersuchung jedoch ergab, daß etwa 50 % der Schüler die Wiederholungsklausur mitschreiben und von ihnen verbesserten sich 53 %, d.h. aber 1/4 aller Kollegiaten. Roland argumentiert gegen die Abschaffung der Wiederholungsklausur damit, daß die Schüler sich noch nicht an die Kollegstufe gewöhnt hätten. Das Interesse des Philologenverbandes gelte lediglich einer Arbeitserleichterung für den Lehrer. Zu diesem Thema wird Uli Kraus ein Positionspapier erstellen, was an alle SSp gehen soll.

zu TOP 5: Johannes Mierau berichtet über das Gespräch mit Frau Fischer bezüglich der GPR-Sache. Frau Fischer war Berichterstatterin im Landtag, sie

erreichte durch ihren Einfluß die Ablehnung des SPD-Antrags, der die vollkommene Beibehaltung der GPR-Regelung bei der Abituraufgabenstellung vorsah. Dieser Antrag wurde mit der Argumentation des KM abgelehnt:

1. die Aufgaben würden "ausgehen" und 2. würde eine Spezialisierung derselben Aufgaben entstehen. Mit Frau Fischer wurde abgestimmt, Gras über die Sache wachsen zu lassen und sich nächstes Schuljahr an einen Verband zu wenden. Positiv fanden die BSSp, daß die CSu sich in diesem Punkt inhaltlich ändern will. Über die LSV wurde bei der CSU nicht gesprochen, aber über ein schulpolitisches Mandat, was identisch seindürfte. Die BSSp sind der Meinung, daß event. eine Eingabe zur Anerkennung des Vereins an den Landtag Herrn Rust davon abhalten könnte, zum Amtsgericht zu gehen (allerdings kann man das KM nicht über den Landtag zur Anerkennung des Vereins zwingen). Es ist die Aufgabe der BSSp der kommenden Schuljahre, über eine Eingabe zu diskutieren und diese event. durchzuführen.

zu TOP 6: Es wurde das Verfahren bei der Wiederholungsklausur besprochen. Das KMS um Stellungnahme erschien bereits am 04. März 1988. Hätte Herr Harter seine Umfrage rechtzeitig abgeschickt, dann wären auch mehr Stellungnahmen von den Schülern eingegangen.

Die einzelnen Tagesordnungspunkte der LAG am 04./05.07.1988 werden besprochen. Bei der Lehrplan-Neugestaltung wird besprochen, daß der Unterricht in verstärktem Maße mit dem Umgang mit der Umwelt vertraut machen soll. Betroffen sind davon fast alle Fächer. Umwelt wird sehr theoretisch behandelt, besser wäre z.B. daß man in Biologie auch mal rausgeht, in Deutsch aktuelle Texte zu diesem Thema liest oder in Erdkunde die speziellen Probleme im Landkreis oder der Region kennenlernt (projektorientierter Unterricht). Außerdem wäre mehr fächerübergreifendes Lernen sinnvoll (in zeitlicher Abstimmung). Wiederholungen sind hierbei nicht unbedingt negativ, denn oft hat man vieles schon wieder vergessen.

zu TOP 7: Elke Winter wollte mit ihrem Artikel im "fetzngair" die Situation der LSV beschreiben. Wir kümmerten uns viel zu sehr um Formalien und vernachlässigten die Basisarbeit, die nur schriftlich gemannt würde. Michael wirft Elke vor, sie habe sich in den letzten MVen sehr zurückgehalten, sie habe keine interne Kritik geübt, sondern gleich nach außen kritisiert. Elke akzeptiert den Vorwurf sieht ihren Fehler ein, dennoch sei ihrer Meinung nach dieser Artikel Basisar-

beit; diese müßte nicht immer "schönmalerisch" sein. Sie wollte Transparenz herstellen. Uli Kraus bittet darum, daß Kritik zuerst im Verein geübt werden müßte, denn dann sei eine Diskussion leichter.

Elke erklärt, sie habe mit diesem Artikel Frust abgebaut. Daraufhin entfacht sich eine Diskussion darüber, ob man unglaublich wird, wenn an der eigenen Sache zweifelt. Die BSSp sind sich nicht einig, ob man Idealismus braucht, um sein Ziel zu erreichen, oder ob man auch gute Arbeit leisten kann, wenn man nicht an das Ziel glaubt. Das Ziel ist zunächst, daß die LSV als schulpolitische Vertretung der bayerischen Schülerinnen und Schüler akzeptiert wird. Es kann theoretisch auf zwei Arten erreicht werden:

1. "Politik der kleinen Schritte"; zu diesem Punkt stellt Uli fest, daß es zwar langsam geht, daß es aber durchaus Veränderungen gibt (z.B. Tutoriensystem)
2. radikales Vorgehen; Schüler wollen Politik, wo sie etwas spüren.

Über diese beiden Möglichkeiten wird diskutiert. Elke ist der Meinung, die LSV ändere an der Schule nichts, man müsse die Lehrer - einfach alles - ändern. Bisher hätten wir eine gegensätzliche Position vertreten (LAG, KM), wir ließen uns immer auf ein "vielleicht" herunterdrücken und hätten sogar Anträge zurückgezogen. Derselben Meinung ist Georg Abbegg: "Wir wollen versuchen, etwas zu verändern, also müssen wir bei uns selbst anfangen. Wenn wir uns einlullen lassen, dann ist das keine Veränderung bei uns selbst. Wir sind zu angepaßt, uns fehlt ein radikaler Touch." Vom Schülerladen Nürnberg kam ebenfalls der Vorwurf, man könne mit einer LSV, die nur redet, nichts anfangen. Wir bräuchten Aktionismus. Roland wendet dagegen ein, daß die BSSp gewählt sind, d.h. Verantwortung tragen und nicht persönlich handeln können. Darum wäre es notwendig. Darum wäre es notwendig, die BSSp-Wahl dahingehend zu ändern, daß die Schülersprecher von Anfang an Klarheit darüber besitzen, welche schulpolitische Meinung der BSSp vertritt. So könnte der BSSp seine Meinung vertreten, ohne daß er in Konflikt käme. Für das Auftreten der LSV wäre es wichtig, daß Gespräche vorbereitet würden, damit die BSSp gemeinsam eine Linie vertreten. Uneinigkeit bränge nur faule Kompromisse. Wir denken immer zweiseitig:
1. Unser Wunschmodell; 2. Wie kommen wir hin?. Es sei notwendig, von diesem Schablonendenken abzukommen.

zu TOP 8: Bei diesem Punkt werden einfach Ideen gesammelt:

- Motivation der Schüler wird durch Projektthemen gefördert, der Schüler lernt, weil er lernen will.
- Abschaffung der Noten; dafür würde auch der Konkurrenzdruck wegfallen und durch mehr gemeinsames Lernen würde der Klassenverband gestärkt werden.

- Abbau des Frontalunterrichtes; Schüler und Lehrer sollen sich mehr persönlich kennenlernen. Dazu würden z.B. gemeinsame Räume beitragen.
- angenehme Räumlichkeiten und ein häuslicher Einfluß machen sehr viel aus, wie gerne man lernt. Schule sollte ein Ort sein, an dem man mehr machen kann, wo man sich außerhalb des Unterrichtes trifft.

Christine Bauer muß leider zum Zug, deswegen übernimmt Johannes Mierau die Protokollführung.

Zusammenfassend läßt sich zum Bild der idealen Schule für die Zukunft folgendes zusammenfassen:

- sie soll räumlich so ausgestattet sein, daß sich der/die SchülerIn in der Schule wohlfühlt ("Wohnzimmer Schule");
- das Lernen sollte sich nach dem Willen des/der SchülerIn ergeben
- es sollte eine Gleichstellung zwischen Schüler und Lehrer bestehen

zu TOP 9:

Die Mitgliederversammlung berät über die Neufassung der GSO. Dabei erarbeitet sie folgende Änderungen (Zusammenfassung):

- § 101 (3) Satz 2: "Dem Schulleiter ist sie zur Kenntnis zu bringen."
(Es bestehen in der Mitgliederversammlung Bedenken, ob nur der Schülerausschuß veröffentlichen soll.)
- § 101 (6) NEU! : "Schreiben und Sendungen an die Schülermitverantwortung sind durch die Schulleitung ungeöffnet und unverzüglich weiterzuleiten."
- § 104 (2) Anmerkung: Bei entsprechendem Verlauf des Modellverfahrens sollte § 104 (2) dahingehend abgeändert werden, daß die Wahl der Schülersprecher von allen Schülern geschieht.
- § 104 (2) Satz 3 NEU! : "Für das Wahlverfahren gilt § 102 (2) entsprechend." (s. Protokoll der 46. Sitzung der LAG-SMV) (§ 104 (2) Satz 4 entfällt)
- § 104 (5) : "...sind vom Schulleiter unverzüglich weiterzuleiten."
- § 105 (1) Satz 3 : "§ 104 Abs. 1, Abs. 2 Sätze 2 und 3 und Abs. 4 Satz gelten entsprechend."
- § 105 (2) : "...einem Jahr..."
- § 106 (1) Satz 2 : Es soll ein Brief an Dr. Rust geschrieben werden, in welchem nach genauer Abklärung dieses Satzes gebeten wird.

§ 106 (2) Satz 2 : "Teilnehmer ist für jede Schule ein Schülersprecher."

§ 106 (2) Satz 3 : "Die Gesamtleitung hat der Ministerialbeauftragte oder ein von ihm beauftragter Lehrer."

(Es bestehen hierbei in der Mitgliederversammlung Bedenken. Die Gesamtleitung des MBen sollte sich jedenfalls auf die rein organisatorischen Fragen beziehen.)

§ 106 (4) NEU! : "Vor den Bezirksaussprachetagungen können vorbereitende Tagungen unter der Gesamtleitung eines im Einvernehmen mit dem Bezirksschülersprechers vom Ministerialbeauftragten berufenen Lehrers."

§ 106 (3) Satz 2 : "...und des Bezirksschülersprechers."

§ 107 (2) : "...wenn er aus seiner Schule ausscheidet."

§ 107 (3) Satz 1 NEU! : "Der Bezirksschülersprecher und sein Stellvertreter vertreten im Rahmen der Beschlüsse der Bezirksaussprachetagungen die Schüler der Gymnasien seines Bezirks."

§ 107 (3) Satz 2 : "...und sein Stellvertreter..haben insbesondere...:

1. Er und sein Stellvertreter übernehmen...oder des beauftragten Lehrers den Vorsitz bei der Bezirksaussprachetagung.
2. Er und sein Stellvertreter erhalten...
3. Er ist befugt, Informationen, die in Zusammenhang mit Schülermitverantwortung und Schülervertretung stehen, an die Schülersprecher seines Bezirks weiterzugeben. Diese sind dem Ministerialbeauftragten zur Kenntnis zu bringen.
5. Er nimmt gemeinsam mit seinem Stellvertreter an der zweimal im Jahr stattfindenden..
6. Er und sein Stellvertreter nehmen..!"

§ 107 (4) NEU! : "Zu den Rechten der Bezirksschülersprecher gehört es,

1. in allen schulpolitischen Entscheidungen der Gymnasien rechtzeitig informiert zu werden (Informationsrecht),
2. Wünsche, Anregungen an den Ministerialbeauftragten, den Landesschulbeirat und an das Staatsministerium zu richten und zu übermitteln (Anhörungs- und Vorschlagsrecht),
3. bei der Neufassung von schulrechtlichen Bestimmungen gehört zu werden!"

§ 108 (2) Satz 1 : "Stimmberechtigt ist ein Bezirksschülersprecher oder Stellvertreter je Bezirk und eine gleiche Anzahl von Lehrern, die vom Staatsministerium berufen werden."

§ 108 (2) Satz 2 NEU! : "Nichtstimmrecht sind der Vorsitzende und alle weiteren Bezirksschülersprecher oder Stellvertreter."

§ 108 (3) Satz 2 NEU! : "Die Niederschrift ist mit einfacher Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder zu beschließen."

§ 108 (3) Satz 3 : alter § 108 (3) Satz 2

§ 110 (4) Satz 1 NEU! : "Die notwendigen Kosten des Bezirksschülersprechers trägt die Staatsoberkasse."

§ 110 (4) Satz 2 NEU! : "Der Ministerialbeauftragte richtet ein Konto ein, für das er dem Bezirksschülersprecher die Gesamtzeichnungsbefugnis erteilt."

- § 110 (4) Satz 3 NEU! : "Der Bezirksschülersprecher hat über die Verwendung der Gelder einen Nachweis zu führen, in dem er alle Ausgaben einzeln darstellt und belegt."
- § 110 (4) Satz 4 NEU! : "Die Verwaltung der Gelder einschließlich der Führung des Nachweises unterliegt der einmal jährlich stattfindenden Prüfung durch den Ministerialbeauftragten oder eines von ihm beauftragten Lehrers."
- § 111 (1) Satz 1 : "...oder Eltern..."
- § 111 (2) Satz 1 : "...kann...wählen, der die Arbeitsgruppe nach außen vertritt."
- § 111 (2) Satz 2 : Michael Lüdke will abklären, worauf sich dieser Satz bezieht.
- § 117 (2) Satz 1 : "Wahlberechtigt sind alle Erziehungsberechtigten,.."
- § 117 (2) Satz 2 NEU! : "Eltern volljähriger Schüler benötigen die Einwilligung der betreffenden Schüler."
- § 117 (3) Satz 3 : "...drei Wochen..."
- § 119 (2) Satz 3 : "...gefaßt; auf Antrag eines Mitglieds wird geheim abgestimmt."
- § 119 (3) " Das Schulforum kann auch auf Antrag von drei Mitgliedern zur Behandlung einzelner Tagesordnungspunkte..."
- § 119 (6) NEU! : "Den Mitgliedern des Schulforums ist in alle für die Entscheidungsfindung im weitesten Sinne notwendigen Unterlagen wie KMS, KMBek, RS, Schriftverkehr mit dem Sachaufwandsträger u.ä.Einblick zu gewähren."
- § 119 (7) NEU! : "Das Schulforum hat bei der Vergabe von Anrechnungsstunden ein Vorschlagsrecht."
- § 119 (8) NEU! : "Das Schulforum soll an den Entscheidungen des Lehrmittelausschusses beteiligt werden."
- (bei Änderungen zum §119 siehe Protokoll der 46. Sitzung der LAG-SMV)
- § 125 (3) : "...Schulen, sowie über anerkannte Träger der Jugendarbeit,..."
- § 127 (1) : "...nur nach Zustimmung des Schulleiters..."
- § 128 (1) Satz 3 : streichen!

In der Diskussion ergibt sich zudem folgende Eingabe in den bayerischen Landtag: Die LSV-Landesvereinigung der bay. BSSp e.V. fordert den bayerischen Landtag auf, die in Art. 40 (2)² gemachte Differenzierung zwischen ersten, zweiten und dritten Schülersprecher aufzuheben, da die Schülersprecher als gleichberechtigtes Gremium (Schülerausschuß) auftreten sollen.

Bei der Besprechung des § 107 (3) 4. GSO kommt die MV überein, daß man nächstes Jahr zwei gemeinsame Kandidaten aus allen Bezirken vorschlägt. Dies Vorgehen verstößt nicht gegen o.g. Paragraphen. Als eine Kandidatin wird dabei Elke Winter vorgeschlagen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kommt die MV nicht mehr dazu, weitere GSO-Änderungsvorschläge zu erarbeiten. Folgende Themen sollen jedoch noch in die Änderungsvorschläge miteingebaut werden:

1. Einberufung der Elternbeiratssitzung, der Lehrerkonferenz und der Klassenelternversammlungen:

§ 116 (2) Satz 3 NEU! : "Der Schülerausschuß erhält einen Abdruck der Einladung."

§ 92 (3) Satz 4 NEU! : "Der Schülerausschuß erhält einen Abdruck der Einladung."

§ 120 (4) Satz 4 : "...und der jeweilige Klassensprecher..."

2. Benotung von Hausaufgaben in Stegreifaufgaben

Hierbei soll durch entsprechende Formulierungen hervorgehoben werden, daß eine Benotung von Hausaufgaben in irgendeiner Form in der Schulordnung nicht vorgesehen ist:

§ 46 (2) Satz 2 : "..., jedoch nicht auf Hausaufgaben."

Zum Schluß wird vorgeschlagen, daß man in den Bezirken sich dringend Gedanken zur GSO-Änderung machen soll, da sämtliche Änderungsvorschläge, welche die gemeinsame Meinung der Bezirksschülersprecher wiedergeben, auf der nächsten Sitzung der LAG in München beraten und verabschiedet werden sollen!

zu TOP 10:

1. Joachim Wolbergs unterrichtet die MV über ein SMV-Seminar in der Oberpfalz, welches vom 17.-19.06.1988 in Sulzbach-Rosenberg stattfindet.

2. Die nächsten Mitgliederversammlungen finden am

Sonntag, dem 03. Juli 1988, nachmittags

und am

Mittwoch, dem 13. Juli 1988, ebenfalls nachmittags

in MÜNCHEN statt. Rüdiger, der neue Geschäftsführer, wird die Einladungen samt Tagesordnungen verschicken. Am 03. Juli wird vor allem die LAG-Sitzung am Montag und Dienstag vorbesprochen, am 13. Juli soll vor dem DGB-Gespräch, wodurch auch die Fahrtkosten erstattet werden können, die endgültige Satzung beschlossen werden, damit die nächstjährigen Bezirksschülersprecher nicht zu Beginn die Satzung noch beschließen müssen.

An der Schule von Roland wählen die 5. und 6.Klassen drei Junior-SSp, die dann Erfahrungen sammeln können. Durch diese Methode können Hemmungen der jüngeren Schüler gegenüber den SSp und der SMV abgebaut werden. Diesen Vorschlag sollten die BSSp an die SSp weiterleiten. Sehr wichtig für ein gutes Verhältnis zu den jüngeren Schülern ist auch die Tutorenarbeit, durch die die Schüler enger mit der Schule verknüpft werden.

Die Mitgliederversammlung endet um 11.45 Uhr vor dem Mittagessen.

gez. Christine Bauer
Protokollführerin

gez. Johannes Mierau
Protokollführer